

No. 37092

**Germany
and
Liechtenstein**

Agreement between the Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the Principality of Liechtenstein concerning the administrative procedure for the registration of new substances. Vaduz, 19 May 1998

Entry into force: *10 June 2000 by notification, in accordance with article 11*

Authentic text: *German*

Registration with the Secretariat of the United Nations: *Germany, 5 December 2000*

**Allemagne
et
Liechtenstein**

Accord entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de la Principauté du Liechtenstein concernant la procédure administrative à suivre pour l'enregistrement de nouvelles substances. Vaduz, 19 mai 1998

Entrée en vigueur : *10 juin 2000 par notification, conformément à l'article 11*

Texte authentique : *allemand*

Enregistrement auprès du Secrétariat des Nations Unies : *Allemagne, 5 décembre 2000*

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

Vereinbarung
zwischen
der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
der Regierung des Fürstentums Liechtenstein
über
das Verwaltungsverfahren bei der Anmeldung neuer Stoffe

**Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung des Fürstentums Liechtenstein -**

im Hinblick auf die Verpflichtung der Mitgliedstaaten des Abkommens vom 2. Mai 1992 über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR), angepaßt durch Protokoll vom 17. März 1991, ein Anmeldeverfahren für neue Stoffe einzurichten gemäß der Richtlinie 67/548/EWG des Rates vom 27. Juni 1967 zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften für die Einstufung, Verpackung und Kennzeichnung gefährlicher Stoffe (ABl. EG Nr. L 196 S. 1), zuletzt geändert durch die Richtlinie 96/56/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 3. September 1996 (ABl. EG Nr. L 236 S. 35) in der jeweils geltenden Fassung,

unter Berücksichtigung, daß die Bundesrepublik Deutschland ein solches Anmeldeverfahren im Gesetz zum Schutz vor gefährlichen Stoffen (Chemikaliengesetz - ChemG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. Juli 1994 (BGBl. I S. 1703, zuletzt geändert durch die Verordnung vom 14. Mai 1997 BGBl. I S. 1060) und in der nach § 12 dieses Gesetzes ergangenen Allgemeinen Verwaltungsvorschrift vom 11. September 1997 (GMBI. S. 447) geregelt und daß sie die zur Durchführung erforderlichen Bundesbehörden eingerichtet hat, nämlich als zentrale Anlaufstelle für alle Antragsteller eine Anmeldestelle - die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin, Anmeldestelle in Dortmund - und ferner drei Bewertungsstellen mit der Aufgabe, fachliche Stellungnahmen gegenüber der Anmeldestelle abzugeben; es sind die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin, Bewertungsstelle, das Bundesinstitut für gesundheitlichen Verbraucherschutz und Veterinärmedizin und das Umweltbundesamt; beteiligt werden die Biologische Bundesanstalt für Land- und Forstwirtschaft und die Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung,

in Anbetracht, daß liechtensteinische Unternehmen nur wenige Anmeldeverfahren beantragen werden, da eine einschlägige Industrie im Fürstentum Liechtenstein nur in geringem Umfang vorhanden ist -

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Gegenstand

I. Die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin, Anmeldestelle - im folgenden Anmeldestelle genannt - wird Anträge von Unternehmen mit Sitz im Fürstentum Liechtenstein zur Anmeldung neuer Stoffe im Sinn des Artikel 2 Absatz 1 der Richtlinie 67/548/EWG in der Fassung der 7. Änderung durch die Richtlinie 92/32/ EWG des Rates vom 30. April 1992 (ABl. EG Nr. L 154 S. 1) entgegennehmen, bearbeiten und das Anmeldeverfahren nach den in Deutschland geltenden Vorschriften (insbesondere dem Chemikaliengesetz und dessen Durchführungsverordnungen) durchführen, einschließlich der üblichen Unterrichtung der Kommission der Europäischen Gemeinschaften.

II. Das Fürstentum Liechtenstein wird die Anmeldestelle (Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin) bei dem Generalsekretär der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) als zuständige Behörde i. S. des Artikels 16 der Richtlinie 67/548/EWG benennen; das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit wird die Kommission der Europäischen Gemeinschaften von dieser Vereinbarung unterrichten.

Artikel 2

Verfahren

I. Antragsteller aus Liechtenstein reichen die erforderlichen Unterlagen und Prüfnachweise in deutscher Sprache (möglichst auf dem Wege der Telekommunikation oder auf einem magnetischen Datenträger) bei dem Amt für Umweltschutz, Vaduz ein, das sie entgegennimmt und der Anmeldestelle zuleitet. Nach Eingang der Antragsunterlagen bei der Anmeldestelle laufen die für das Inverkehrbringen der angemeldeten Stoffe maßgeblichen Fristen (60 Tage nach § 8 ChemG, 30 Tage nach Artikel 10 der Richtlinie 67/548/EWG). Die Anmeldestelle bestätigt dem Anmelder den Eingang seines Antrags und unterrichtet das Amt für Umweltschutz über ihre Entscheidungen.

II. Die Anmeldestelle prüft, ob die Anmeldeunterlagen vollständig sind und leitet sie den Bewertungsstellen zu. Die Anmeldestelle kann von dem Anmelder deren Berichtigung oder Ergänzung verlangen. Sie legt hierbei dieselben Maßstäbe an wie für deutsche Anmeldepflichtige.

III. Deutsche Behörden führen keine Bußgeld- oder Strafverfahren gegen liechtensteinische Staatsangehörige mit Wohnsitz in Liechtenstein oder Unternehmen mit Sitz in Liechtenstein durch, die

- A. entgegen § 7 a Absatz 1 Satz 3 ChemG die erforderlichen Angaben oder Prüfnachweise nicht oder nicht rechtzeitig nachreichen,
- B. entgegen § 8 Absatz 3 ChemG einen angemeldeten Stoff vor Ablauf der dort bezeichneten Frist in den Verkehr bringen,
- C. einer vollziehbaren Anordnung nach § 11 Absatz 3 ChemG, auch in Verbindung mit § 20 Absatz 2 Satz 1 ChemG zuwiderhandeln,
- D. entgegen § 16 ChemG, auch in Verbindung mit § 16 a Absatz 3 ChemG, § 16 a Absatz 1 oder 2 ChemG oder § 16 e Absatz 1 Satz 1, 3 ChemG, auch in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach § 16 e Absatz 5 Nummer 2 oder 3 ChemG eine Mitteilung oder entgegen § 16 a Absatz 1 Satz 1 Nummer 9 ChemG eine Versicherung nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig vornehmen oder abgeben,
- E. entgegen § 16 b Absatz 1 Satz 1 oder Absatz 2 ChemG eine Mitteilung nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig vornehmen, entgegen § 16 b Absatz 3 ChemG einen Prüfnachweis nicht, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig vorlegen oder entgegen § 16 c Absatz 1 ChemG eine Liste nicht, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig übermitteln, .
- F. einer Rechtsverordnung nach § 16 c Absatz 2 oder 3 ChemG oder nach § 16 d ChemG über Mitteilungspflichten bei alten Stoffen oder bei Zubereitungen zuwiderhandeln,
- G. entgegen § 20 a Absatz 2 Satz 1 ChemG nicht oder nicht rechtzeitig anfragen, ob Tierversuche erforderlich sind,

- H. entgegen § 21 Absatz 3 ChemG der Anmeldestelle eine Auskunft trotz Anmahnung nicht erteilen,
- I. einer Rechtsverordnung nach § 26 Absatz 1 Nummer 11 Satz 2 ChemG zuwiderhandeln.

Artikel 3

Risikobewertung

- I. Die Anmeldestelle veranlaßt eine Risikobewertung des angemeldeten neuen Stoffes nach § 12 Absatz 2 Satz 2 ChemG in Verbindung mit Artikel 3 Absatz 2 der Richtlinie 93/67/EWG der Kommission vom 20. Juli 1993 zur Festlegung von Grundsätzen für die Bewertung der Risiken für Mensch und Umwelt gemäß der Richtlinie 67/548/EWG des Rates notifizierten Stoffen (ABl. EG Nr. L 227 S. 9).
- II. Nach Abschluß der Risikobewertung stellt die Anmeldestelle fest, welche der in Artikel 3 Absatz 4 der Richtlinie 93/67/EWG aufgeführten vier Schlußfolgerungen zutrifft, und ergreift ggf. die in Artikel 3 Absatz 5 der Richtlinie beschriebenen Maßnahmen; sie unterrichtet hierüber den Anmelder und das Amt für Umweltschutz.
- III. Die Anmeldestelle erstattet den von Artikel 7 der Richtlinie 93/67/EWG vorgesehenen schriftlichen Bericht an die Europäische Kommission mit den in Anhang V der Richtlinie genannten Informationen und unterrichtet hiervon das Amt für Umweltschutz.
- IV. Die EFTA - Überwachungsbehörde wird von dem Amt für Umweltschutz informiert.

Artikel 4

Anmeldepflicht, Folgemelder

- I. Art und Umfang der Anmeldepflicht ergeben sich aus den Bestimmungen der EG-Richtlinien. Für das Anmeldeverfahren gelten die einschlägigen Bestimmungen des Chemikaliengesetzes und dessen Durchführungsverordnungen.
- II. Die Anmeldestelle ist bereit, Erkundigungen darüber einzuholen, ob ein anzumeldender Stoff zu einem früheren Zeitpunkt bereits angemeldet worden ist und danach ein Austausch der Anschriften zwischen dem früheren Anmelder und dem potentiellen Anmel-

der stattfinden muß. Im übrigen gilt das für Zweitmelder in § 20 a ChemG festgelegte Verfahren.

Artikel 5

Einstufung, Kennzeichnung

Die Anmeldestelle erarbeitet Vorschläge über die Bezeichnung des angemeldeten Stoffes in dem Neustoffverzeichnis ELINCS (European List of Notified Chemical Substances - Europäische Liste der angemeldeten chemischen Stoffe) sowie über die formelle Einstufung, Verpackung und Kennzeichnung des angemeldeten Stoffes und teilt dies dem Anmelder, dem Amt für Umweltschutz und der Europäischen Kommission mit. Auf die Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Durchführung der Bewertung nach § 12 Absatz 2 Satz 1 ChemG (ChemVwV-Bewertung) wird hingewiesen.

Artikel 6

Gebühren

- I. Die Anmeldestelle erhebt für Amtshandlungen nach dieser Vereinbarung von dem Anmelder unmittelbar Kosten (Gebühren und Auslagen) nach denselben Vorschriften, die für deutsche Anmeldepflichtige gelten; das ist zur Zeit die Verordnung über Kosten für Amtshandlungen der Bundesbehörden nach dem Chemikaliengesetz (Chemikalien-Kostenverordnung) vom 16. August 1994 (BGBl. I S. 2118).
- II. Die Kosten werden in der in Deutschland üblichen Währung geltend gemacht und in Dortmund fällig.

Artikel 7

Amtsgeheimnis

- I. Die Mitarbeiter und Beauftragten der Anmeldestelle und des Amtes für Umweltschutz sind bei der Ausführung dieser Vereinbarung zur Wahrung des Amtsgeheimnisses verpflichtet.

II. Angaben, die ein Betriebs- und Geschäftsgeheimnis darstellen, sind auf Antrag des Anmelde- oder Mitteilungspflichtigen als vertraulich zu kennzeichnen, soweit er glaubhaft macht, daß ihre Verbreitung ihm betrieblich oder geschäftlich schaden könnte. Angaben aus Anmeldungen, die in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum eingereicht wurden, sind als vertraulich zu kennzeichnen, wenn die Stelle, die die Anmeldung entgegengenommen hat, z.B. das Amt für Umweltschutz, sie als vertraulich gekennzeichnet hat.

Artikel 8

Rechtsbehelfe

- (1) Gegen die Entscheidungen der Anmeldestelle nach dieser Vereinbarung können Personen aus Liechtenstein dieselben Rechtsbehelfe einlegen, die auch Deutschen zustehen, insbesondere steht ihnen der Verwaltungsrechtsweg zu den zuständigen Verwaltungsgerichten offen.
- (2) Über Urteile und andere wesentliche Entscheidungen der Gerichte unterrichtet die Anmeldestelle das Amt für Umweltschutz.

Artikel 9

Zusammenarbeit

Die Vertragsparteien bemühen sich, bei der Anmeldung neuer Stoffe im Rahmen der verfügbaren Ressourcen zusammenzuarbeiten und leisten einander Amtshilfe, um die ordnungsgemäße Anwendung der chemikalienrechtlichen Richtlinien der Europäischen Gemeinschaft zu gewährleisten.

Artikel 10

Schiedsklausel

- I. Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung dieser Vereinbarung werden, soweit möglich, durch die beiden Vertragsparteien beigelegt.

II. Kann eine Streitigkeit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so kann jede Vertragspartei verlangen, daß die Streitigkeit einem Schiedsgericht zur Entscheidung vorgelegt wird.

III. Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jede Vertragspartei ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den Regierungen der beiden Vertragsparteien bestellt wird. Die Mitglieder werden innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten bestellt, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, daß sie die Streitigkeit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

IV. Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen.

V. Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit aufgrund der zwischen den Vertragsparteien bestehenden Verträge und des allgemeinen Völkerrechts. Seine Entscheidungen sind bindend. Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

Artikel 11

Inkrafttreten, Dauer, Kündigung

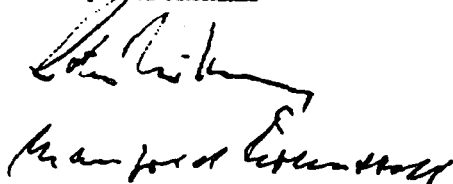
I. Diese Vereinbarung tritt einen Monat nach dem Tag in Kraft, an dem die Vertragsparteien einander mitgeteilt haben, daß die erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind. Die Vereinbarung wird auf unbestimmte Dauer abgeschlossen. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland übernimmt es, die Registrierung dieser Vereinbarung nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen zu veranlassen.

II. Eine Kündigung ist seitens jeder der beiden Parteien zum Ende eines Kalenderjahres möglich.

III. Sie hat unter Einhaltung einer Frist von sechs Wochen auf diplomatischem Wege schriftlich zu erfolgen.

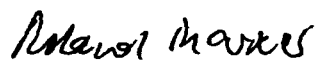
Geschehen zu Vaduz am Mai 1998 in deutscher Sprache

Für die Regierung der
Bundesrepublik Deutschland



Manfred Eberhard

Für die Regierung
des Fürstentums Liechtenstein



Roland Markes

[TRANSLATION — TRADUCTION]

AGREEMENT BETWEEN THE GOVERNMENT OF THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY AND THE GOVERNMENT OF THE PRINCIPALITY OF LIECHTENSTEIN CONCERNING THE ADMINISTRATIVE PROCEDURE FOR THE REGISTRATION OF NEW SUBSTANCES

The Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the Principality of Liechtenstein

Having regard to the obligation of Member States party to the Agreement on the European Economic Area (EEA) of 2 May 1992, as adjusted by the Protocol of 17 March 1993, to establish a notification procedure for new substances pursuant to Council Directive 67/548/EEC of 27 June 1967 on the approximation of laws, regulations and administrative provisions relating to the classification, packaging and labelling of dangerous substances (OJL 196, p. 1), last amended by directive 96/56/EC of the European Parliament and the Council of 3 September 1996 (OJL 236, p. 35), in the version currently applicable,

Bearing in mind that the Federal Republic of Germany has regulated such a notification procedure in the act on protection from dangerous substances (the Chemicals Act) in the version published on 25 July 1994 (Federal Law Gazette I, p. 1703), last amended by the Regulation of 14 May 1997 (Federal Law Gazette I, p. 1060), and in the general administrative act of 11 September 1997 issued pursuant to article 12 of this Act (Common Ministerial Gazette, p. 447) and has established the federal authorities required for implementation, namely a notification office as a central contact point for all applicants -- the Federal Institute for Occupational Safety and Industrial Medicine, Notification Office in Dortmund -- and three evaluation agencies charged with the task of submitting expert opinions to the Notification Office: Evaluation Agency of the Federal Institute for Occupational Safety and Industrial Medicine, the Federal Institute of Consumer Health Protection and Veterinary Medicine and the Federal Environmental Agency. The Federal Biological Research Centre for Agriculture and Forestry and the Federal Institute for Materials Research and Testing are also involved,

Taking into account that firms in Liechtenstein will apply for only a limited number of notification procedures, since the relevant industry has only a limited presence in the Principality of Liechtenstein,

Have agreed as follows:

Article 1. Subject

I. The Notification Office of the Federal Institute for Occupational Safety and Industrial Medicine -- hereinafter designated as "the Notification Office" -- shall receive and process applications from undertakings based in the Principality of Liechtenstein for the notification of new substances, within the meaning of article 2, paragraph I, of Council Directive 67/548/EEC, as amended for the seventh time by Council Directive 92/32/EEC of 30 April 1992 (OJL 154, p. 1) and carry out the notification procedure according to the rules

applicable in Germany (in particular the Chemicals Act and its implementing regulations), including the customary informing of the Commission of the European Communities.

II. The Principality of Liechtenstein shall designate the Notification Office (the Federal Institute for Occupational Safety and Industrial Medicine) to the Secretary-General of the European Free Trade Association (EFTA), as the competent authority within the meaning of article 16 of Directive 67/548/EEC; the Federal Ministry for the Environment, Nature Conservation and Reactor Safety shall inform the Commission of the European Communities of this arrangement.

Article 2. Procedure

I. Applicants from Liechtenstein shall submit the necessary supporting documents and substantiation in German (wherever possible, by means of telecommunications or magnetic data media) to the Environmental Protection Agency in Vaduz, which shall receive them and forward them to the Notification Office. The receipt by the Notification Office of the supporting documents for an application shall mark the beginning of the period which must elapse before the notified substances in question may be placed on the market (60 days under article 8 of the Chemicals Act and 30 days under article 10 of Directive 67/548/EEC). The Notification Office shall confirm receipt of the application to the notifying party and shall inform the Environmental Protection Agency of its decisions.

II. The Notification Office shall examine whether the supporting documents for notification are complete and shall forward them to the evaluation agencies. The Notification Office may request the notifying party to verify or complete them. In so doing, it shall apply the same standards as to German parties subject to the notification obligation.

III. The German authorities shall not impose fines on or initiate criminal proceedings against citizens of Liechtenstein residing in Liechtenstein or firms based in Liechtenstein in the event that they:

A. Contrary to article 7a, paragraph 1, third sentence, of the Chemicals Act, fail to submit -- or fail to submit in good time -- the requisite information or documentary evidence,

B. Place a notified substance on the market before the expiry of the period stipulated in article 8, paragraph 3, of the Chemicals Act,

C. Act contrary to an enforceable order under article 11, paragraph 3, of the Chemicals Act, also in connection with article 20, paragraph 2, first sentence, of the Chemicals Act,

D. Contrary to article 16 of the Chemicals Act, also in connection with article 16a, paragraph 3, of the Chemicals Act, article 16a, paragraph 1 or 2, of the Chemicals Act, or article 16e, paragraph 1, first and third sentences, of the Chemicals Act, also in connection with a legal order under article 16e, paragraph 5, number 2 or 3 of the Chemicals Act, fail to submit a communication, or to do so correctly, completely or in good time, or, contrary to article 16a, paragraph 1, first sentence, number 9 of the Chemicals Act, fail to make a declaration, or to do so correctly, completely or in good time,

E. Contrary to article 16b, paragraph 1, first sentence, or paragraph 2, of the Chemicals Act, fail to submit, or to do so correctly, completely or in good time, a communication, or, contrary to article 16b, paragraph 3, of the Chemicals Act, fail to submit documentary ev-

idence, or to do so completely and in good time, or, contrary to article 16c, paragraph 1, of the Chemicals Act, fail to transmit a list, or to do so completely or in good time,

F. Infringe a regulation under article 16c, paragraph 2 or 3 of the Chemicals Act or article 16d of the Chemicals Act on obligations to furnish information in the case of old substances or in the case of preparations,

G. Contrary to article 20a, paragraph 2, sentence 1, of the Chemicals Act, fail to inquire whether animal experiments are required, or to do so in good time,

H. Contrary to article 21, paragraph 3, of the Chemicals Act, fail to provide the Notification Office with information despite being reminded to do so,

I. Infringe a regulation under article 26, paragraph 1, number 11, second sentence of the Chemicals Act.

Article 3. Risk assessment

I. The Notification Office shall arrange a risk assessment of the notified new substance in accordance with article 12, paragraph 2, second sentence, of the Chemicals Act in conjunction with article 3, paragraph 2, of Commission Directive 93/67/EEC of 20 July 1993 laying down the principles for assessment of risks to man and the environment of substances notified in accordance with Council Directive 67/548/EEC (OJL 227, p. 9).

II. Following the conclusion of the risk assessment, the Notification Office shall determine which of the four conclusions set out in article 3, paragraph 4, of Directive 93/67/EEC applies and, where appropriate, shall take the measures described in article 3, paragraph 5, of the Directive; it shall notify the party filing the notification and the Environmental Protection Agency in respect of this matter.

III. The Notification Office shall submit to the European Commission a written report, as provided for in article 7 of Directive 93/67/EEC, together with the information stipulated in Annex V of the Directive, and shall notify the Environmental Protection Agency thereof.

IV. The EFTA Surveillance Authority shall be notified thereof by the Environmental Protection Agency.

Article 4. Notification requirement and follow-up notifying parties

I. The nature and scope of the notification requirement follow from the provisions of the EC directives. The notification procedure is governed by the relevant provisions of the Chemicals Law and its implementing provisions.

II. The Notification Office shall be prepared to make inquiries as to whether a substance to be notified has already been notified. If this is the case, there must be an exchange of addresses between the previous notifying party and the potential notifying party. In other respects the procedure stipulated in article 20a of the Chemicals Law shall apply to second notifying parties.

Article 5. Classification and labelling

The Notification Office shall draw up proposals on the designation of the notified substance in the European List of Notified Chemical Substances (ELINCS) and on the formal classification, packaging and labelling of the notified substance and shall inform the notifying party, the Environmental Protection Agency and the European Commission thereof. Reference shall be made to the general administrative act on the performance of the assessment in accordance with article 12, paragraph 2, first sentence of the Chemicals Act.

Article 6. Fees

I. The Notification Office shall levy charges (fees and disbursements) under this Agreement directly from the notifying party, according to the same rules to German parties subject to a notification obligation; these rules currently consist of the regulation on charges for official services of the Federal Authorities under the Chemicals Act (chemicals charges regulation) of 16 August 1994 (Federal Law Gazette I, p. 2118).

II. The charges shall be levied in the currency customary in Germany and shall be payable in Dortmund.

Article 7. Official secrecy

I. The employees and authorized representatives of the Notification Office and the Environmental Protection Agency shall be obliged to maintain official secrecy in implementing this Agreement.

II. Information which constitutes a trade or business secret shall be marked as confidential at the request of the party subject to a notification or communication obligation, providing it can convincingly demonstrate that the dissemination of this information might be prejudicial to its trade or business interests. Information from notifications submitted in another Member State of the European Community or State party to the Agreement on the European Economic Area shall be marked as confidential, if the office that received the notification, for instance the Environmental Protection Agency, has marked it as confidential.

Article 8. Legal remedies

(1) In respect of decisions taken by the Notification Office under this Agreement, persons from Liechtenstein may have recourse to the same legal remedies as those to which Germans are entitled; in particular, they may have recourse to the relevant administrative courts.

(2) The Notification Office shall inform the Environmental Protection Agency of judgements and other substantive decisions of the courts.

Article 9. Cooperation

The Contracting Parties shall, within the limits of the available resources, endeavour to cooperate as regards the notification of new substances, and shall render each other ad-

ministrative assistance in order to ensure that the European Union's chemicals legislation directives are duly implemented.

Article 10. Arbitration clause

I. Disputes concerning the interpretation or application of this Agreement shall as far as possible be settled by the two Contracting Parties.

II. Where a dispute cannot be settled in this way, either Contracting Party may request that the dispute be referred to an arbitral tribunal for decision.

III. Such arbitral tribunal shall be constituted ad hoc as follows: Each Contracting Party shall appoint one member, and these two members shall agree upon a national of a third State as chairman, to be appointed by the Governments of the two Contracting Parties. The members shall be appointed within two months, and the umpire within three months, from the date on which one Contracting Party has informed the other that it intends to submit the dispute to an arbitral tribunal.

IV. If the time limits specified in paragraph 3 are not adhered to, either Contracting Party may, in the absence of any other arrangement, request the President of the Court of Justice of the European Communities to make the necessary appointments.

V. The arbitral tribunal shall reach its decisions by a majority of votes on the basis of treaties existing between the Contracting Parties and of general international law. Its decisions shall be binding. Each Contracting Party shall defray the expenses of its member and its representation in the proceedings before the arbitral tribunal; the expenses of the chairman and other costs shall be borne equally by the two Contracting Parties. The arbitral tribunal may agree on another arrangement regarding costs. In all other respects, the arbitral tribunal shall establish its own rules of procedure.

Article 11. Entry into force, duration and termination

I. This Agreement shall enter into force one month after the date on which the Contracting Parties have notified each other that the existing domestic requirements for its entry into force have been met. This Agreement is concluded for an indeterminate period. The Government of the Federal Republic of Germany undertakes to arrange for registration of this Agreement pursuant to article 102 of the Charter of the United Nations.

II. Either Party may denounce this Treaty at the end of any calendar year. III. Notice of termination shall be delivered in writing through diplomatic channel within a period of six weeks.

Done at Vaduz on 19 May 1998 in the German language.

For the Government of the Federal Republic of Germany:

LOTHAR WITTMANN
MANFRED HOHNSTOCK

For the Government of the Principality of Liechtenstein:

ROLAND MARXER

[TRANSLATION — TRADUCTION]

ACCORD ENTRE LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE
D'ALLEMAGNE ET LE GOUVERNEMENT DE LA PRINCIPAUTÉ DU
LIECHTENSTEIN CONCERNANT LA PROCÉDURE ADMINISTRATIVE
À SUIVRE POUR L'ENREGISTREMENT DE NOUVELLES SUBS-
TANCES

Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de la Principauté du Liechtenstein,

Prenant en considération l'obligation des Etats parties à l'Accord sur l'espace économique européen (EEA) du 2 mai 1992 tel que complété par le Protocole du 17 mars 1993, établissant une procédure de notification pour les substances nouvelles conformément au Règlement du Conseil 67/548/CEE du 27 juin 1967 sur le rapport entre les lois, les règlements et les dispositions administratives relatives à la classification, à l'emballage et à l'étiquetage des substances dangereuses (OJL 196, p. 1) amendé par la directive 96/56/CEE du Parlement européen et le Conseil du 3 septembre 1996 (OJL 236, p. 35) dans la version couramment applicable ;

Ayant à l'esprit que la République fédérale d'Allemagne a normalisé ladite procédure de notification dans une loi sur la protection contre les substances dangereuses (loi sur les produits chimiques) dans une version publiée le 25 juillet 1994 (p.1703 du Journal officiel I de la législation fédérale) amendé par le règlement du 14 mai 1997 (p.1060 du Journal officiel I de la législation fédérale) et l'Acte administratif général du 11 septembre 1997 publiée conformément à l'article 12 dudit Acte (Common Ministerial Gazette, p.447) et a désigné les autorités fédérales requises pour sa mise en application, à savoir un bureau de notification qui constitue un point central de contact pour tous les demandeurs -- l'Institut fédéral pour la sécurité occupationnelle et la médecine industrielle, le Bureau de notification de Dortmund et trois agences d'évaluation chargées de soumettre les opinions d'experts au bureau d'évaluation : Agence d'évaluation de l'Institut fédéral pour la sécurité occupationnelle et la médecine industrielle, l'Institut fédéral pour la protection de la santé du consommateur et de la médecine vétérinaire et l'Agence fédérale de l'environnement. Le Centre de recherche biologique pour l'agriculture et la forêt et l'Institut fédéral pour la recherche des matériaux et l'expérimentation sont également intéressés ;

Prenant en considération que des entreprises au Liechtenstein ne demanderont qu'un nombre limité de procédures de notification étant donné que les entreprises pertinentes sont très peu représentées dans la Principauté du Liechtenstein ;

Sont convenus de ce qui suit :

Article 1. Objet

I. Le Bureau de notification de l'Institut fédéral pour la sécurité occupationnelle et la médecine industrielle -- désignée ci-après par "Bureau de notification"-- recevra et donnera suite aux demandes d'entreprises ayant leur siège dans la Principauté pour la notification de

nouvelles substances définies au paragraphe 1 de l'article 2 de la directive 67/548/ CEE du Conseil tel qu'amendée pour la septième fois par la directive 92/32/CCC du 30 avril 1992 (OJL 154, p. 1). La procédure de notification sera effectuée selon les règles applicables en Allemagne (notamment la loi sur les substances chimiques et les règles d'application qui y sont afférentes) y compris la notification habituelle (customary informing) de la Commission des communautés européennes.

II. La Principauté du Liechtenstein fera savoir au secrétaire général de l'Association européenne de libre-échange (AELE) que le Bureau de notification (Institut fédéral pour la sécurité occupationnelle et la médecine industrielle) est l'autorité compétente conformément à l'article 16 de la directive 67/548/CEE. Le Ministère fédéral de l'environnement, de la conservation de la nature et de la sécurité des réacteurs informera la Commission des communautés européennes de cette désignation.

Article 2. Procédure

I. Les demandeurs du Liechtenstein doivent présenter les documents nécessaires en allemand (si c'est possible par télécommunication ou par données magnétiques) à l'Agence de protection de l'environnement de Vaduz qui les transmettront au Bureau de notification. La réception des documents marquera le début de la période qui doit s'écouler avant que les substances en question soient placées sur le marché (60 jours selon l'article 8 de la loi sur les produits chimiques et 30 jours selon l'article 10 de la directive 67/548/CEE. Le Bureau de notification doit confirmer qu'il a reçu la demande de la partie intéressée et doit signifier ses décisions à l'Agence pour la protection de l'environnement.

II. Après avoir examiné les documents pour juger de leur valeur, le Bureau de notification les transmet aux agences d'évaluation. Il peut demander à la partie qui présente la notification de la vérifier ou de la compléter. Elle doit lui appliquer les mêmes normes que celles qu'il exige des parties allemandes qui sont sujettes à l'obligation de notification.

III. Les autorités allemandes ne doivent pas imposer des amendes ou déclencher des procédures criminelles contre des ressortissants du Liechtenstein qui résident au Liechtenstein ou à des entreprises qui ont leur siège au Liechtenstein dans les cas où ces derniers :

A. Ne fournissent pas ou ne fournissent pas à temps les informations demandées ou la documentation, contrairement au paragraphe 1 de l'article 7a), 3e phrase de la loi sur les substances chimiques ;

B. Mettent une substance notifiée sur le marché avant l'expiration de la période stipulée au paragraphe 3 de l'article 8 de la loi sur les substances chimiques ;

C. Agissent contrairement à une décision relevant du paragraphe 3 de l'article 11 de la loi sur les substances chimiques et du paragraphe 2, article 20, première phrase de la loi sur les substances chimiques ;

D. Ne soumettent pas une communication ou ne la soumettent pas correctement, complètement ou à temps, contrairement à l'article 16, au paragraphe 3 de l'article 16a), au paragraphe 1 ou 2 de l'article 16a), au paragraphe 1 de l'article 16e), première et troisième phrases, de la loi sur les substances chimiques ; aussi, en ce qui concerne un règlement conformément au paragraphe 5 de l'article 16e), numéros 2 ou 3 de la loi sur les substances chi-

miques ; ou contrairement au paragraphe 1 de l'article 16a), première phrase, numéro 9, n'ont pas fait une déclaration ou ne l'ont pas faite correctement, complètement et à temps ;

E. Ne soumettent pas une communication ou ne la soumettent pas correctement, complètement ou à temps, contrairement au paragraphe 1, première phrase, ou paragraphe 2, de l'article 16b), de la loi sur les substances chimiques, ne soumettent pas des preuves documentées ou ne l'ont pas fait correctement, complètement et à temps contrairement au paragraphe 3 de l'article 16b) de la loi sur les substances chimiques, ou contrairement au paragraphe 1 de l'article 16c) n'ont pas transmis une liste ou ne l'ont pas transmise complètement et à temps ;

F. Contreviennent à un règlement établi selon le paragraphe 2 ou 3 de l'article 16c) ou l'article 16d) de la loi sur les substances chimiques concernant les obligations de fournir des informations quand il s'agit de substances obsolètes ou quand il s'agit de préparations ;

G. N'ont pas effectué d'enquêtes sur le point de savoir si des expériences avec des animaux étaient permises ou ne l'ont pas fait à temps contrairement au paragraphe 2 de l'article 20a), première phrase, de la loi sur les substances chimiques ;

H. N'ont pas fourni l'information au Bureau de notification malgré des rappels, contrairement au paragraphe 3 de l'article 21 de la loi sur les substances chimiques ;

I. Contreviennent à un règlement établi en vertu de la deuxième phrase du numéro 11 du paragraphe 1 de l'article 26 de la loi sur les substances chimiques.

Article 3. Evaluation du risque

I. Le Bureau de notification doit effectuer une évaluation de risque de la nouvelle substance notifiée conformément à la deuxième phrase du paragraphe 2 de l'article 12 de la loi sur les substances chimiques en parallèle avec le paragraphe 2 de l'article 3 de la directive 93/67/CEE du 20 juillet 1993 de la Commission qui énonce les principes pour l'évaluation des risques pour l'homme et pour l'environnement de substances notifiées conformément à la directive 67/548/CEE (OJL 227, p. 9) du Conseil.

II. L'évaluation des risques, ayant été effectué, le Bureau de notification doit déterminer laquelle des quatre propositions (conclusions) figurant au paragraphe 4 de l'article 3 de la directive 93/67/CEE s'applique et prendre, si c'est nécessaire, les mesures décrites au paragraphe 5 de l'article 3 de la directive et en informer la partie qui a présenté la notification et l'Agence de la protection de l'environnement.

III. Le Bureau de la notification doit soumettre un rapport écrit à la commission tel que prévu à l'article 7 de la directive 93/67 CEE ainsi que l'information stipulée dans l'annexe V de la directive et en informer l'agence de la protection de l'environnement.

IV. L'Autorité de surveillance de l'AELE doit également en être informée par l'Agence de protection de l'environnement.

Article 4. Exigence de notification et suite à donner aux parties qui notifient

I. La nature et la portée de l'exigence de notification découlent des dispositions des directives de la commission. La procédure de notification est régie par les dispositions pertinentes de la loi sur les substances chimiques et les règles prévues pour son application.

II. Le Bureau de notification doit se préparer à enquêter sur le point de savoir si une substance dont la notification est nécessaire l'a été effectivement. Si c'est le cas, la partie précédente et la partie potentielle doivent procéder à un échange d'adresses. Sur d'autres aspects, la procédure stipulée dans l'article 20a) de la loi sur les substances chimiques s'applique aux secondes parties qui notifient.

Article 5. Classification et label

Le Bureau de notification doit dégager sur la désignation de la substance notifiée de la liste européenne des substances chimiques notifiées (ELINCS) et sur la classification formelle, l'emballage et l'étiquetage de la substance notifiée et doit informer la partie qui notifie, l'agence de la protection de l'environnement et la Commission européenne. Référence doit être faite à l'acte administratif général sur la performance de l'évaluation conformément à la première phrase du paragraphe 2 de l'article 12 de la loi sur les substances chimiques.

Article 6. Redevances

I. Le Bureau de notification peut percevoir des redevances (frais et remboursements) directement de la partie notifiant selon les mêmes règles que les parties allemandes qui sont soumises à l'obligation de notification ; ces règles de façon courante concerne le règlement des paiements pour les services officiels des autorités fédérales conformément à la loi sur les substances chimiques (règlement sur les redevances relatives aux substances chimiques) du 16 août 1994 (loi fédérale Gazette, p. 2118).

II. Les redevances seront perçues dans la monnaie habituelle allemande et doivent être versées à Dortmund.

Article 7. Obligation officielle de secret

I. Les employés et les représentants officiels du Bureau de notification et de l'agence de protection de l'environnement sont tenus au secret officiel dans la mise en oeuvre du présent Accord.

II. L'information portant sur le commerce et l'industrie sera considérée comme confidentielle à la demande de la partie qui est sujette à une obligation de notification ou de communication, à condition qu'elle puisse démontrer de façon convaincante que la diffusion de l'information peut porter préjudice à ses intérêts commerciaux et industriels. L'information sur les notifications communiquées à un autre membre de la Communauté européenne ou à un Etat partie à l'Accord sur l'espace économique européen sera considérée comme confidentielle si le Bureau qui a reçu la notification, l'Agence de protection de l'environnement par exemple, l'a classée comme confidentielle.

Article 8. Recours juridiques

1) Eu égard aux décisions prises par le Bureau de notification selon le présent accord, les personnes originaires du Liechtenstein peuvent exercer les mêmes recours juridiques que les Allemands ; elles peuvent en particulier faire appel devant les tribunaux administratifs appropriés.

2) Le Bureau de notification doit informer l'Agence de protection de l'environnement des jugements et d'autres décisions de fond des tribunaux.

Article 9. Coopération

Les Parties contractantes peuvent, dans les limites des ressources disponibles, s'efforcer de coopérer en ce qui concerne la notification des nouvelles substances et doivent apporter l'assistance administrative nécessaire pour garantir que les directives de la législation européenne sur les substances chimiques sont dûment appliquées.

Article 10. Clause d'arbitrage

I. Les différends concernant l'interprétation ou l'application du présent Accord doivent dans la mesure du possible, être réglés par les deux Parties contractantes.

II. Si un différend ne peut être réglé de cette manière, l'une ou l'autre des Parties contractantes peut demander que le différend soit soumis à un tribunal arbitral.

III. Le tribunal arbitral sera constitué comme suit : chaque Etat contractant désignera un arbitre. Les deux arbitres se mettront d'accord sur le choix d'un ressortissant d'un pays tiers qui sera nommé par les Gouvernements des deux Parties contractantes. Les membres devront être nommés dans un délai de deux mois et procéder à l'arbitrage dans une période de trois mois à partir de la date à laquelle une des Parties contractantes a informé l'autre de son intention de soumettre le différend à l'arbitrage.

IV. Si le délai stipulé dans le paragraphe 3 n'est pas respecté, l'une ou l'autre des Parties contractantes peut, si aucun autre arrangement n'est prévu, demander au Président de la Cour de justice des communautés européennes d'effectuer les nominations nécessaires.

V. Le tribunal arbitral doit prendre ses décisions par une majorité de voix sur la base des traités existant entre les Parties contractantes et la législation internationale générale. Ces décisions sont obligatoires. Chaque Partie contractante doit assurer les dépenses du membre qu'il a désigné, et des procédures devant le tribunal arbitral ; les dépenses du président et les autres frais sont répartis de manière égale par les Parties contractantes. Le tribunal arbitral peut effectuer d'autres arrangements en ce qui concerne les coûts. Le tribunal doit d'autre part établir ses propres règles de procédure.

Article 11. Entrée en vigueur, durée et dénonciation

I. Le présent Accord entrera en vigueur un mois après la date à laquelle les Parties contractantes se sont notifiées que les exigences nationales nécessaires à cet effet ont été accomplies. Le présent Accord est conclu pour une période indéterminée. Le Gouvernement